



GREEN BUDGET GERMANY

FORUM ÖKOLOGISCH-SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

PRESSEMITTEILUNG VOM 04.01.2012

EINSTIEG IN DIE ATOMKRAFT WIRD POLENS TRAUM VON BILLIGEM STROM NICHT ERFÜLLEN

Die polnische Regierung hat mit dem „Programm für die polnische Kernenergie“ ihren Willen bekräftigt, in die Atomenergie einzusteigen. Das wäre nicht nur ökologisch fahrlässig, sondern darüber hinaus auch volks- und betriebswirtschaftlich unvernünftig. Die Gefahren der Atomenergie, insbesondere durch Sicherheitsprobleme, ungeklärte Endlagerung der strahlenden Abfälle und das Risiko von Terroranschlägen sind weithin bekannt. Aber auch die ökonomischen Vorteile, die von der polnischen Regierung für den Einstieg angenommen werden, sind mehr als zweifelhaft. Darauf hat das FÖS im Rahmen des offiziellen Beteiligungsverfahrens in einer Stellungnahme an die polnische Regierung hingewiesen.

„Profitieren würde nur die Atomindustrie“, so FÖS-Vorstand Uwe Nestle. „Anders als von der polnischen Regierung angenommen, dürfte der Strompreis für die Endkunden nicht geringer ausfallen als bei einem konsequenten Weg in eine klimafreundliche Energiezukunft ohne Atomenergie. Das gilt für Haushalte genauso wie für Industrie, Gewerbe, Handel, öffentliche Hand und andere.“

Dies zeigen die Erfahrungen im europäischen Ländervergleich und Analysen des Strompreises insbesondere der vergangenen zwei Jahre in Deutschland. In dieser Zeit hat der Deutsche Bundestag zunächst eine massive Verlängerung der Laufzeit der Atomkraftwerke beschlossen, um diese nach der Atomkatastrophe von Fukushima ein dreiviertel Jahr später wieder zurückzunehmen. Ohne Vorwarnung wurde zusätzlich von heute auf morgen acht Atomkraftwerken dauerhaft die Betriebsgenehmigung entzogen. Das Bemerkenswerte dabei: Wirkungen auf den Strompreis gab es durch diesen politischen Kurswechsel nicht, weder bei den Spotmarktpreisen noch bei den Terminpreisen.

Der Einstieg in die Atomenergie würde dagegen eine dauerhafte Zementierung des auch in Polen bestehenden Oligopols im Strommarkt zur Folge haben. Oligopole aber führen fast zwingend zu unnötig hohen Preisen, da der Wettbewerb eingeschränkt ist. Tatsächlich plant die Regierung ausdrücklich, dass der größte polnische Stromversorger, die Polnische Energiegruppe S.A. – PGE, die gewünschten Atomkraftwerke baut und betreibt. Damit werden Chancen für neue und innovative Marktteilnehmer verbaut. Diese könnten den Markt beleben – und tendenziell die Strompreise nach unten drücken.

Sinnvoller wäre der Weg in eine sichere und klimafreundliche Stromversorgung ohne Atomkraft – auch aus wirtschaftlicher Sicht. Durch den starken Ausbau der Erneuerbaren Energien in Deutschland und vielen anderen Staaten in den vergangenen zehn Jahren wurde eine beeindruckende technische Entwicklung angestoßen. Deren Stromerzeugungskosten sind in den vergangenen 10 Jahren

zum Teil um mehr als 50% gesunken. Davon, und von den Erfahrungen beim deutschen Ausbau der Erneuerbaren Energien, könnte Polen heute profitieren. Rund 370.000 Menschen verdienen inzwischen in Deutschland mit den Erneuerbaren ihr Geld. Die meisten dieser Arbeitsplätze wurden durch das EEG geschaffen, womit die langfristig wegfallenden Jobs in der Atomindustrie mehr als ausgeglichen werden. Ähnliches könnte auch Polen schaffen und den langfristigen Rückgang der Beschäftigung in der Kohleindustrie mehr als überkompensieren. Je investiertem Euro werden durch Erneuerbare Energien wesentlich mehr Jobs geschaffen als bei Kohle- oder Atomenergie.

„Eine Energiewende in Richtung klimafreundliche Stromversorgung ohne Atomenergie und mit mehr Erneuerbarer Energien hätte für alle Vorteile – außer für die Atomwirtschaft selber“, so Nestle. „Die Stromversorgung würde sicherer und die polnische Gesellschaft würde sich das Problem der Entsorgung des Atommülls ersparen, das auf der ganzen Welt ungelöst ist. Teurer wäre das für die Stromverbraucher nicht, für die Volkswirtschaft aber deutlich günstiger. Die angenommenen Vorteile eines Einstiegs in die Atomenergie dagegen sind nicht belastbar. Genau das zeigen wir in unserer Stellungnahme.“

Die Stellungnahme des FÖS zum „Programm für die polnische Kernenergie“ finden sie auf unserer Internetseite unter http://www.foes.de/pdf/2012-01-04_Programm_polnische_Kernenergie.pdf.

Kontakt: Uwe Nestle, FÖS-Vorstand (030-76 23 991-30)

Das FÖS versteht sich als Sammelbewegung unabhängiger Vordenker und ist gegenüber Entscheidungsträgern und Multiplikatoren Anstoßgeber wie Konsensstifter in der Debatte um eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft. Das FÖS setzt sich dafür ein, die soziale Marktwirtschaft zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft weiter zu entwickeln. Die Marktwirtschaft hat sich nach Auffassung des FÖS bisher als effizienteste Wirtschaftsform erwiesen. Um dem Menschen optimal zu dienen und gleichzeitig die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen, muss sie jedoch einen starken staatlichen Rahmen mit entsprechenden ökologischen und sozialen Leitplanken bekommen. Das FÖS unterstützt Bestrebungen, neben verlässlichen sozialen Sicherheitssystemen auch den Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente in der Umweltpolitik zu stärken.